

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Similexpedition in Hochheim: Jean Lauer

Anzeigenpreis: für die 6zeilige
Colonelzeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamezeile 60 Pfg.

74

Samstag, den 28. Juni 1919

Postfachnummer
Frankfurt (Main) Nr. 12114

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Im Einvernehmen mit dem Chef du Service Industriel et Commercial de l'Administration des Territoires Rhénans sind alle Transporte von Waren französischer, alliierter oder neutraler Herkunft nach dem unbesetzten Deutschland bis auf Weiteres verboten und werden angehalten.

Obiges kommt hauptsächlich für Beduener in Betracht, für welche die Wirtschaftsabteilung vor der Erlassung obiger Bestimmung die Transportgenehmigung erteilt, die jetzt aber noch nicht erteilt werden.

Le Commandant de Division,
Ministère militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Nichtamtlicher Teil.

Preussische Landesversammlung.

23. Berlin, 25. Juni 1919.

Das Haus ist gut besetzt; die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch: Hirsch, Harnisch, Reinhardt, Dr. Südekum, Hahn, Baum, Hildebrand, Ameydahl, Oeder und Siegmund. Präsident Heinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30. Auf der Tagesordnung steht die förmliche Anfrage Adolf Hoffmanns (U. S.), über die Stellung der preussischen Regierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Adolf Hoffmann (U. S.): Wie kommt die preussische Regierung dazu, im Einverständnis gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu verfahren, ohne sich vorher über die Stellung der Landesregierung unterrichtet zu haben, welche Folgerung daraus die Regierung zu ziehen? Die Zustände im Innern haben auf diese Angelegenheit, das ist ein fester Vertrag vorliegt wurde. Die Erinnerung an die Freiheitskämpfe, der Völkervereinigung, die Erneuerung der Freiheit und des Verfassungsrechts zeigen, was wir von der Freiheit zu halten haben. Die Regierung läßt ihren Willen im Osten mit einem brennenden Strohballen auf einem Pulverfaß einen Kampf ausführen, der das ganze Land in eine Gefahr bringt. Wir haben das allergroßte Mißtrauen gegen diese Regierung. Wir sind von Anfang an für die Unterzeichnung eingetreten, denn ein neuer Krieg wäre Wahnsinn gewesen. Auch die westfälischen Arbeiter denken nicht daran, sich in einen neuen Krieg zu werfen. Jede militärische Diktatur würde mit einem General-Krieg beantwortet werden. Jeder Zusammenstoß im Osten hätte zur Folge, daß die Ostente den Vertrag für verlegt erklärt und zugleich neues Unheil über uns verhängt würde. Auch eine neue Judenholocauste scheint sich vorzubereiten. Auch die förmlichen Agitationen haben gezeigt, daß für das Judentum ebensowenig, vielleicht noch besser vertrieben als die Juden. Nur eine beispiellose Sozialisierung kann uns retten.

Ministerpräsident Hirsch: Wir haben uns nicht nur aus eigener Überzeugung, sondern auch in Erfüllung des von der Landesversammlung erteilten Auftrages, gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen. (Sehr richtig.) Das Haus hat die einstimmig den entsprechenden Bescheid gefaßt. Nur die Unabhängigen hatten sich der Stimmen enthalten. Wie kann Herr Hoffmann behaupten, die Regierung hätte auf die des Parlamentes geachtet. Wir konnten freilich nicht vorher wissen, daß ein Teil des Parlamentes seine Meinung ändern würde. Wenn wir bei der Abstimmung nicht mehr erreicht haben, so sind die Unabhängigen in der Reihe derer, die den Vertrag ablehnen. Von Demokratie soll keiner reden, der die Gewalt der Arbeiter und Soldaten ablehnt. Das ist nicht Demokratie, sondern Diktatur. (Wärm bei den Unabhängigen.) Wir haben den Rat zu erklären, daß wir auch die Demokratie des Parlamentes bekämpfen. (Beifall.) Wir waren und sind uns der Gefahr der Verweigerung der Unterzeichnung voll bewußt, aber wir waren uns auch bewußt, daß die Gefahr durch die Unterzeichnung nicht vermieden wird. Wären wir für die Unterzeichnung eingetreten, hätten wir uns mit unserem Versprechen und mit der Stimmung des Volkes in Widerspruch gesetzt. Wir haben uns endlich nicht im Staatsausnahmestadium gegen die Unterzeichnung ausgesprochen. Als ich von Weimar nach Berlin zurückkehrte, hatte ich zunächst die Absicht, den Mitgliedern der Landesversammlung mein Entschlossenheitsgeheimnis mitzuteilen. Als ich aber die Einbringung dieser Anfrage las, habe ich davon abgesehen, weil uns sicher die Unabhängigen den Vorwurf gemacht hätten, wir wären uns einander aus dem Weg gegangen. Welche Folgerungen wir ziehen werden, wird schließlich von der Debatte des Hauses abhängen. Für uns gibt es nur ein Ziel, das Wohl unseres unglücklichen Vaterlandes. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät, es durch die Praxis hindurch zu retten. Wenn die Regierung sicher ist, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr steht, kann sie ihre gewiß nicht leichte Aufgabe erfüllen. (Beifall.)

Graunau (U. S.): Der preussische Staat wird auf Grund der Verhältnisse gezwungen. Ich habe deshalb die Zustimmung der Unabhängigen und unabhingigen Vertrag gefaßt. Die Verträge von Weimar und Brest-Litowsk hatten gar keinen Vergleich mit diesem Vertrag. Wir müssen ihn, soweit es eben geht, zu erfüllen suchen. Die Arbeit kann nur geleistet werden, wenn der Nationalrat aus der Hand der Regierung wieder ganz frei gelassen wird. Unser allgemeines Ziel ist die Größe des Vaterlandes. Wir werden immer einen Teil an der Verwirklichung der Menschheit beitragen. (Beifall.) Fort den gesunkenen Stellen, dank auch unseren Führern, insbesondere unserem Marschall Hindenburg. (Großer Beifall.) Turndruck steht die preussische Kraft über dem Weltfrieden.

Das Haus tritt in die Befragung der Antwort ein. Hirsch (U. S.): Wir sind nicht in der Lage, der Regierung ein allgemeines Vertrauensvotum auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß die Regierung die Landesversammlung nach dem besten Wissen und Gewissen zu beraten hat. Die Landesversammlung hat in einer Sonderdelegation am 24. Juni zurückgekehrt. Ein großer Teil der Schuld an der jetzigen Lage muß auch Herrn Erzberger zugeschrieben werden. (Sehr richtig.)

fig.) Der unrettbare Friedensvertrag ist nur die Konsequenz des 9. November. (Unruhe bei den Sozialisten.) Die Politik der Regierung ist nur eine Politik der Angst vor der Masse. Das deutsche Volk hat leider für die Größe Bismarcks das erforderliche Verständnis nicht gehabt, sonst wäre es nicht in den Abgrund gestürzt. Disposition befindet sich in besonders kümmerlicher Lage.

Hirsch (Zentr.): Wir sind durch die Unterzeichnung der übermächtigen Gewalt gezwungen. Die Ehre des deutschen Volkes bleibt davon unberührt, nicht aber die Ehre der Nationen, die uns diesen Frieden auferlegt haben. (Sehr richtig.) Wenn wir jetzt nicht unterschrieben hätten, dann wären die Feinde schon längst im Lande und die Rot und das Glend unseres Volkes hätte sich unermesslich gesteigert. (Zuruf: Die Feinde kommen doch.) Die Entscheidung ist bereits gefallen und wir hätten gewünscht, daß diese Debatte überhaupt nicht stattgefunden hätte. (Sehr richtig.) Wir glauben, durch unsere Haltung den Interessen des Vaterlandes am besten gedient zu haben. (Beifall.)

Hirsch (U. S.): Wäre unser Volk einig gewesen, so wäre der Frieden wohl besser ausgefallen. Das Unrettbare und Unvermeidbare kann man nicht unterschreiben.

Minister Hirsch: Es ist bedauerlich, daß diese Stunde uns nicht einig und geschlossen findet. Aus dem Streben, einen besseren Frieden zu erhalten, konnte nichts werden, weil die Feinde des Herrn Hoffmann uns an die Feinde vertrieben haben. (Wärm bei den Unabhängigen.) Auch die Art, wie die Rechte gegen die Regierung polemisierte, zeigte, daß es ihr nicht um politische Arbeit zu tun ist. Wie können Sie es wagen, uns vorzuwerfen, wir hätten kein Verständnis für den Interessen des Ostens. Der Reichsverband des Ostschulwesens hat den Ministerpräsidenten dringend gebeten, dahin zu wirken, daß ich mein Amt bestelle. Ich habe es getan, obwohl es nichts bereinigt. Ich verstehe das Vaterland als Minister zu dienen. Warum glaubte das Volk nicht mehr an mich, weil es vor Jahre lang von einer Hoffnung in die andere getrieben wurde. (Zuruf Hoffmann: Belogen wurde.) Was lassen Sie doch Ihre nutzlosen Ausdrücke. (Beifall bei Hirsch.) Zuruf Hoffmann: Zu bedauerndem Ordnungsurteil des Reichstages! Ich bitte auch die Rechte, die Regierung zu unterstützen. Wenn alle einig sind, die ihr Vaterland lieben, dann werden wir über die Rot hinwegkommen. (Beifall bei Hirsch.)

Hirsch (Zentr.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde in diesem Hause würden auch jetzt, wenn sie zu bestimmen hätten, die Unterzeichnung unter dem Friedensvertrag vorsehen; aber auch die gegenwärtige Meinung wird von uns geteilt. Was soll man dazu sagen, wenn in einem Rundschreiben der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Partei gesagt wird, die niederschmetternde Wirkung des Friedensvertrages muß von uns agitiert werden. (Beifall bei Hirsch.)

Hirsch (U. S.): Auch in diesem Hause wäre eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorhanden. Der Ministerpräsident hat nur deshalb das Haus nicht gefragt, um diese Feststellung zu vermeiden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

Tages-Rundschau.

Berlin, im „Nachtrabendblatt“ schreibt Scheidemann unter der Überschrift „Bis zur Krige“ u. a. folgenden: Zwei Wendepunkte waren in der Friedensfrage möglich und mit guten Gründen zu vertreten: Die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung oder die Ablehnung. Unmöglich aber mußte der Versuch erscheinen, zwischen Ja und Nein eine Brücke bauen zu wollen. Wir sind bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß... In dem riesigen Schicksal eines großen Volkes gekämpft, wird es seiner Schuld und seiner moralischen Verantwortlichkeit bezichtigt. Jedem Bundesrat wird das Erkenntnis auf die Stirn geprägt: Dies ist ein Deutscher, also mindere Rechte. Das deutsche Volk ist von nun an ein Sklavenvolk, das für fremde Völker schaffen muß. In manchen Zeitungen wird von der feindseligen Stimmung der Nationalversammlung gesprochen als von einem Ende der Tragödie. Wir wären trotz unserer vergeblichen Lage zu beruhigen, wenn diese Auffassung richtig wäre. Es handelt sich indessen nur um einen Mißstand, nicht aber um das Transkript des Endes. Der Kampf zwischen deutschen und nichtdeutschen Truppen wird hoffentlich beendet sein, wenn Weimar heute abend vorbehaltlos Ja gesagt haben wird. Das Glend aber dauert für unser Volk fort und die eigentliche Sklavenarbeit, zu der uns der Vertrag verpflichtet, nimmt erst ihren Anfang. Aus dieser Sklavenarbeit für fremde Völker werden unsere Kinder und Enkelkinder nicht herauskommen. Wir können uns auf lange Zeit hinaus nur auf uns selbst verlassen. Wir müssen uns bemühen, den Vertrag zu erfüllen, weil sonst Repressalien in Anwendung kommen. Die schwerste Lage ist der Reichsregierung angedreht: Sie ist guten Willens, weshalb sollte man ihr helfen nach besten Kräften.

Zur Verfertigung der deutschen Kriegsschiffe.

Am 24. Juni, 24. Juni. „Daily Chronicle“ vom 23. Juni meldet, daß bei der Verfertigung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow sechs Deutsche getötet und zehn verwundet wurden. Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung des Blattes, daß die verfertigten Schiffe kein Verletzungsbedenken für die englische Schifffahrt bedeuten, da man mit einer solchen Verfertigung rechnend, den deutschen Schiffen keine angemessene Hilfe, die außerhalb der Fahrtrasse lagen. Der Vorkriegsminister des „Daily Chronicle“ schreibt: Die Deutschen hätten durch die Verfertigung dieser Schiffe die Möglichkeit ergriffen, sich der endgültigen Schmach zu entziehen und die deutschen Schiffe seien mit modernen Maschinen untergegangen. Darüber, ob die Verfertigung zulässig gewesen sei, geben den Sachverständigen zufolge die Anklagen auseinander. Der Friedensvertrag sei noch nicht unterzeichnet, der Krieg dauere noch an. Am Kriege kann das Entweichen von Gefangenen und Schiffen auf eigene Gefahr schließlich verurteilt werden.

Am 24. Juni, 24. Juni. Admiral K. Kauter ist heute nach dem Barr-Hill-Lager in der Nähe von Danneberg gebracht worden, wo er unter Arrest steht. 1860 andere Marineoffiziere und Mannschaften von Scapa Flow wurden nach dem naheliegenden Lager gebracht.

Die Währungsreform. Minister Churchill hat in der „Daily Herald“ einen bemerkenswerten Artikel über die auswärtige Politik Großbritanniens veröffentlicht.

gefallen. Er tritt für freundschaftliche Beziehungen mit Amerika, die Unterstützung Frankreichs und für den Friedensschluß mit dem deutschen Volke ein. Zum Schluß fordert Churchill die Unterstützung der Macht in Russland, die die Vernichtung der bolschewistischen Tyrannie zum Ziele hat, und Russland auf eine breite wahrhaft demokratische Grundlage stellen will.

Kücktritt Hindenburgs und Gröners.

Am 25. Juni, 25. Juni. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Erklärung gerichtet: Herr Präsident! Auf mein Schreiben vom 1. Mai 1919 haben Sie mir die Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preussischen Herrn Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen. gez. v. Hindenburg.

Am 25. Juni, 25. Juni. General Gröner hat an den Reichspräsidenten nachstehende Erklärung gerichtet: Nachdem Generalfeldmarschall v. Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident, nachstehendes vorzutragen: Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. Juni erklärt, daß für den Fall der Annahme des schmachvollen Versailler Friedens, eine große Anzahl von Offizieren und Truppen der Regierung nicht weiter dienen würden. Dasselbe ist damals in dem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 22. zum 23. Juni zum Ausdruck gebracht worden. Sie, Herr Reichspräsident, werden es mir nachempfinden, daß ich unter diesen Umständen, nach beinahe vollständiger Annahme des Friedensvertrages, den Wunsch hege, aus meiner Stellung zu scheiden. Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung, bin ich jederzeit bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten, auf meinem Posten auszuhalten.

Eine Abschiedsrede von Hindenburg.

Am 25. Juni, 25. Juni. Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete folgende Abschiedsrede an seine Truppen: Soldaten! Ich habe mich, als der Reichsregierung gegenüber, dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang eines schmachvollen Friedens vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich auch jetzt noch berechtigt, zu wiederholen. Ich habe meine Pflicht getan, nach erfolgter Friedensunterzeichnung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem dem großen Herzen der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und drei kaiserlichen Kriegsheeren dienen durfte. Zeiten voller unermüdlicher Friedensarbeit und großen Aufregung, großer Siege und großen Schmerzens haben mich dabei begleitet. Ich gedenke aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Tage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Stützpfeiler in dieser namenlosen Schmach. Dafür gebührt Euch allen, darunter nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unermüdet die Wehr an der Ostfront hielten, mein unauflöslicher Dank. Mit diesem Dank verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der Einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für seine Handlungen darf er aber nur eine Richtschnur haben: Das Wohl des Vaterlandes. Nach jeder Unterwerfung des Volkes in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu wahren, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefer Erniedrigung wieder zu besseren Zeiten erheben zu führen. Geduld! Ich werde Euch nie vergessen! gez. v. Hindenburg.

Erlaß des Kriegsministers.

Am 25. Juni, 25. Juni. Der Kriegsminister erließ folgenden Erlaß: In Übereinstimmung mit der Mehrheit der deutschen Nationalversammlung und trotz des Einspruchs des Reichswehrministers und des preussischen Kriegsministers hat die Reichsregierung unter dem Druck der Rot und Gewalt sich veranlaßt gesehen, das Friedensdokument unserer Feinde anzunehmen. Sie möchte damit auch die für das deutsche Volk besonders schmachvollen Bedingungen unterzeichnen. Wir Soldaten können diese Bedingungen mit unserer Ehre nicht in Einklang bringen. Wir wollen und müssen aber unsere persönlichen Bedenken zurückstellen, weil die dringende Pflicht gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und die Weiterführung des laufenden Dienstes erfordert. Es muß daher jeder Offizier und jeder Mann sich entschließen, die persönliche Stellungnahme des einzelnen zu der unglücklichen Lage unbedingt so lange auf seinem Posten auszuhalten, bis er offiziell oder erlegt worden ist. Um das bedauerliche Auscheiden von Offizieren aus dem Dienst zu vermeiden, bestimme ich im Verein mit dem Reichswehrminister: 1. Sämtliche preussische Generale können vom heutigen Tage an ihre Stellung zur Disposition unmittelbar beim Personalamt des Kriegsministeriums schriftlich oder telegraphisch ohne weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 23. Juli ab. Die Entscheidung über die Genehmigung muß ich mir in jedem Falle vorbehalten. Sie hängt von der Möglichkeit des Erfolges ab. Für die preussischen Generale der Reichswehr entscheidet der Reichspräsident. 2. Da dieser Weg für die Mehrheit der Offiziere, Sanitätsbeamten und Beamten nicht durchführbar ist, muß es für diese, ebenso wie für Unteroffiziere und Freiwillige bei dem bisherigen Dienstweg verbleiben; jedoch können die Befehle im Verlaufe der Dienstzeit in aller einschlägiger Form angedrückt werden mit der Stellungnahme der Vorgesetzten, ab im Interesse der Aufrechterhaltung des Dienstes das Auscheiden angeordnet ist. 3. Alle Verlorengegangenen bleiben unberührt bestehen. gez. Reinhardt.

Um das Schicksal der Rheinlande.

Amsterdam. Nach einer Radiomeldung der „New York Tribune“ aus Koblenz wird gemeldet, daß die Alliierten die Rheinlande wie eine Monarchie alten Stils verwalten werden. Die Verbandskommissionäre werden die Reichsoffiziere von Souveränen erhalten, bis die Bedingungen des Verbandes erfüllt sind.

